

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Tobias Schulze (LINKE)

vom 31. Juli 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 03. August 2020)

zum Thema:

**Stand der Reaktivierung des Grundstücks Putbusser Straße 12 für die
Schulnutzung**

und **Antwort** vom 21. August 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. Aug. 2020)

Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Tobias Schulze (Die Linke)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/24339

vom 31. Juli 2020

**über Stand der Reaktivierung des Grundstücks Putbusser Straße 12 für die
Schulnutzung**

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Gemäß § 109 Schulgesetz von Berlin obliegt es den bezirklichen Schulträgern, die äußeren Rahmenbedingungen für das Lehren und Lernen in der Schule zu schaffen. Dies beinhaltet den Bau, die Ausstattung und die Unterhaltung der Schulstandorte sowie die Einrichtung von Klassen.

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht oder nur teilweise in eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er hat daher den Bezirk Mitte um Zulieferung gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat mit nachfolgenden Aussagen übermittelt wurden.

1. In wessen Fachvermögen befindet sich das Grundstück Putbusser Straße 12 derzeit?

Zu 1.:

Das Grundstück befindet sich aktuell im Finanzvermögen des Bezirks Mitte; die Sporthalle im Fachvermögen Sport.

2. Welche jährlichen Kosten fallen aktuell für den Unterhalt des Grundstücks an?

Zu 2.:

Im Jahr 2019 fielen Kosten in Höhe von 1.280.767 Euro (Sporthalle: 121.256 Euro; übrige Gebäude: 1.159.511 Euro) an. Der Jahresbetrag setzt sich zusammen aus Kosten in Höhe von 1.050.685 Euro für Abschreibungen und Zinsen von Grundstück, Gebäude und Mobilien und aus Kosten in Höhe 230.082 Euro der Unterhaltung der Immobilie (Wasser/Abwasser, Personal- und Sachaufwand, bauliche Unterhaltung, Heizung, Abfallentsorgung, Straßenreinigung).

3. Wer soll Aufgabenträger des Sanierungsvorhabens im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive werden bzw. wann wird ein solcher benannt?

4. Welche Verfahrensschritte sind seitens des Bezirks und des Senats durchzuführen, um den Aufgabenträger zu bestimmen? Was sind die zu erwartenden Zeiträume der einzelnen Verfahrensschritte?

Zu 3 und 4.:

Gemäß § 109 Abs. 2 des Schulgesetzes für das Land Berlin obliegt den Bezirken die Verwaltung und Unterhaltung der äußeren Angelegenheiten der allgemein bildenden Schulen. Dem entsprechend liegt die Bedarfsträgerschaft für die Durchführung der Sanierungsmaßnahme beim Bezirksamt Mitte. Die Entscheidung zur Übernahme von Sanierungsmaßnahmen durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen und die HOWOGE erfolgte abschließend im Jahr 2018. Der von diesem Regelverfahren abweichende Wunsch des Bezirksamtes Mitte zur Durchführung der Sanierungsmaßnahme durch die HOWOGE ist Gegenstand aktueller Erörterungen in der Taskforce Schulbau und im Staatssekretärsgremium Schulbauoffensive.

Angesichts der sich aus dem Schulgesetz ergebenden Zuständigkeit bedarf es bei Verbleib der Maßnahme beim Bezirk keiner zusätzlichen Verfahrensschritte. Eine vom Regelverfahren abweichende Zuordnung erfolgt durch Beschluss der Taskforce.

5. Welche haushalterische Vorsorge wurde von Landes- bzw. Bezirksseite bisher getroffen, um das Grundstück erneut einer schulischen Nutzung zuzuführen?

Zu 5.:

Im Investitionsprogramm 2019-23 ist in der Anlage zu Kapitel 2710 „Zuweisung an die Bezirke“, Titel 70900 „Neubau von Schulen durch noch nicht bestimmte Umsetzungseinheiten“ die Maßnahme „01Kn04 Integrierte Sekundarschule Putbusser Straße: Neubau ISS mit Sporthalle; 13355, Putbusser Straße 12“ mit geschätzten Gesamtkosten in Höhe von 50,3 Mio. € ausgewiesen. Im Investitionsprogramm 2019-23 ist für diesen Titel eine Rate in 2023 in Höhe von 1 Mio. € vorgesehen. Eine Aufnahme in das Investitionsprogramm beinhaltet keine Finanzierungszusage.

6. Welche planerischen Maßnahmen und Schritte (Schulbedarf, Umgang mit Gebäude etc.) sind notwendig, um das Grundstück bzw. den existierenden denkmalgeschützten Bau für eine Schullnutzung zu reaktivieren? Was sind die zu erwartenden Zeiträume der planerischen Maßnahmen und Schritte und von wem werden diese voraussichtlich durchgeführt? Welche planerischen Maßnahmen sind bereits ergriffen worden?

Zu 6.:

Nach eingehender Prüfung durch die Beauftragten für die Rahmenkoordination des Bezirkes, die S.T.E.R.N. GmbH, wurde festgestellt, dass eine Reaktivierung des Schulstandortes des ehemaligen Diesterweg Gymnasium in der Putbusser Straße 12 möglich ist. Eine Sanierung der Bestandsgebäude für eine geplante Schullnutzung als ISS 4-2, nach den Vorgaben des Musterraumprogramms ist möglich. Das ermittelte Defizit für eine Schullnutzung (ISS 4-2) von ca. 3.600m² Sportfreifläche muss außerhalb des Grundstückes nachgewiesen werden.

Das Gutachten liefert Aussagen zur Einpassplanung, nicht aber zu den möglichen Sanierungskosten. Es wurde mit Schreiben des Bezirkes an den Senat im Oktober 2019 übergeben. Da die Unterschutzstellung durch das Landesdenkmalamt zum 1. November 2019 erfolgte, konnten in der Studie noch keine Aussagen hinsichtlich denkmalpflegerischer Belange gemacht werden.

Maßnahmen, welche das Denkmal in seinem Erscheinungsbild verändern, es ganz oder teilweise beseitigen, es instand setzen und wiederherstellen, bedürfen der denkmalrechtlichen Zustimmung in Form einer denkmalrechtlichen Genehmigung oder einer Stellungnahme im bauordnungsrechtlichen Genehmigungsverfahren. Eine denkmalrechtliche Genehmigung oder Stellungnahme wird erst im weiteren Planungsverfahren eingeholt werden.

Konkrete Aussagen auch hinsichtlich der Kostenauswirkung aus der Unterschutzstellung als Denkmal sind aktuell nicht möglich. Nach abschließender Klärung zum weiteren Umgang mit dem Schulstandort müssen zunächst das Bedarfsprogramm erstellt und geprüft sowie im Anschluss Erweiterte Vorplanungsunterlagen (EVU) etc. erstellt werden.

7. Welche organisatorischen Maßnahmen sind bisher erfolgt, um die von der BVV Mitte beschlossene gemeinsame Konzepterarbeitung mit der Initiative ps wedding vorzubereiten und wann ist mit einem Ergebnis dieser Arbeitsgruppe zu rechnen?

Zu 7.:

Angesichts der anhängigen Entscheidung zur Durchführung der Schullsanierung durch Bezirk oder HOWOGE war die Einrichtung der gemeinsamen Arbeitsgruppe bisher nicht möglich.

Denkbar und vom Bezirk Mitte gewünscht ist eine Campusentwicklung mit größtmöglicher Öffnung ins Quartier mit folgenden Komponenten:

- a. Entwicklung eines 6-geschossigen Gebäudes auf dem Teilgrundstück, das heute noch durch die Musikschule belegt ist. In wie weit die Musikschule in das künftige Schulgebäude integriert werden kann, ist im Zuge der Erstellung des Bedarfsprogramms zu klären. Hier könnte durch PS – Wedding ein Baukörper mit einem Anteil schullaffiner Nutzungen (außerschulische Angebote) entworfen werden.

- b. Entwicklung eines Schulgartens, der teilöffentlich benutzt und betrieben werden kann.
- c. Nutzung der ehemaligen Hausmeisterwohnung (120 qm) mit externen Aktivitäten, eventuell als Satellit des Olof-Palme-Zentrums.
- d. Nutzung der großen Aula für Quartiersveranstaltungen jeglicher Art.

8. Welche Maßnahmen wurden bisher ergriffen, um die Sporthalle auf dem Gelände Putbusser Straße 12 wieder einer entsprechenden Nutzung zuzuführen?

Zu 8.:

Die Sporthalle in der Putbusser Straße 12 wurde durch die Serviceeinheit Facility Management schon vor Jahren als extrem sanierungsbedürftig eingeschätzt. Mit der Aufgabe des Schulstandortes wurde die Sporthalle in das Fachvermögen Sport des Bezirkes überführt. Da zum damaligen Zeitpunkt eine Wiederinbetriebnahme des Schulstandortes nicht in Rede stand, wurde ein Aufgabeverfahren für die Sporthalle nach § 7 (2) des Sportfördergesetzes mit der Zielsetzung durchgeführt, diese Halle bis zur Fertigstellung des Sporthallenneubaus in unmittelbarer Nähe an der Vineta-Grundschule mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand weiterhin nutzungsfähig zu halten. Dies wurde bis zum Wassereinbruch und dem dadurch verursachten wirtschaftlichen Totalschaden im September 2018 so praktiziert. Seit diesem Schadensfall ist die Halle geschlossen. Wegen des Schadensfalls wurde die Halle mit Zustimmung der Senatsverwaltung Sport vorzeitig aus der Sportförderung entlassen.

9. Wie passen sich die Planungen der Sportverwaltung zur Erweiterung der Sporthalle in den Denkmalschutz ein?

Zu 9.:

Planungen der Sportverwaltung zur Erweiterung der Sporthalle sind der bezirklichen Sportverwaltung nicht bekannt und liegen dem Fachbereich Denkmalschutz nicht vor. Erfahrungsgemäß können für solche Vorhaben denkmalgerechte Lösungen im planungsbegleitenden Abstimmungsprozess gefunden werden

10. Wann ist mit Baubeginn und wann mit der Fertigstellung des Schulgebäudes sowie der Sporthalle zu rechnen? Wann ist mit einer Inbetriebnahme der neuen ISS zu rechnen? Von welchen Faktoren ist dies abhängig?

Zu 10.:

Angesicht der anhängigen Entscheidung zur Zuordnung zum Bezirk oder HOWOGE ist derzeit keine zeitliche Aussage möglich. Erst wenn diese Entscheidung getroffen wurde, kann der jeweilige Verfahrensverantwortliche eine Zeitplanung vornehmen.

11. Welche Voraussetzungen sind zu schaffen, damit das Grundstück und Teile des Gebäudes bis zum Baubeginn zwischengenutzt werden können?

Zu 11.:

Eine Zwischennutzung ist aufgrund des Gebäudezustandes nicht möglich (Schadstoffbelastung).

12. Welche Zwischennutzungen sind für das Grundstück vorgesehen?

Zu 12.:

Es sind keine Zwischennutzungen vorgesehen.

Berlin, den 21. August 2020

In Vertretung
Beate Stoffers
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie